

COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung: Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021

Rink, Dieter; Haase, Annegret; Leibert, Tim; Wolff, Manuel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rink, D., Haase, A., Leibert, T., & Wolff, M. (2022). *COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung: Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021*. (UFZ Discussion Papers, 5/2022). Leipzig: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85920-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

UFZ Discussion Papers

Department Stadt- und Umweltsoziologie

5/2022

COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung: Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021

Dieter Rink, Annegret Haase, Tim Leibert, Manuel Wolff

Juli 2022

Dieter Rink, Annegret Haase, Tim Leibert, Manuel Wolff

COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021

1. Einleitung

Die Corona-Pandemie hat bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 das öffentliche Leben in Deutschland bestimmt. In Politik, Öffentlichkeit und in der Wissenschaft wurden und werden ganz unterschiedliche Auswirkungen der Pandemie auf die Entwicklung der Städte diskutiert. Die Medien hatten im ersten Jahr der Pandemie einschneidende bzw. dramatische Veränderungen für die Städte prognostiziert, sie überboten sich geradezu in dystopischen Visionen verödender bzw. sterbender Städte. In ersten Bestandsaufnahmen wurden etwa das Sterben des Einzelhandels – auch als „retail apocalypse“ bezeichnet (Florida et al. 2021), Einschnitte bzw. Schäden im Kultur- und Freizeitbereich, der Rückgang der Steuereinnahmen der Kommunen sowie ihre höhere Verschuldung, Probleme des öffentlichen Nahverkehrs, Rückgang der Büronutzung, die Flucht ins Umland bzw. aufs Land u.a.m. thematisiert (vgl. IzR 2020; Kleilein/Meyer 2021). Insbesondere während des Shutdowns im Frühjahr 2020 war die „Funktionalität der großen Städte eingeschränkt“, die „Stadt im Krisenmodus“ (Adam/Klemme 2020, S. 4, 6). Die COVID 19-Pandemie bedeute eine „Tiefenkrise mit hohem Wirkpotenzial“ (Jakubowski 2020, S. 19) bzw. einen „pandemic shock“ (Florida et al. 2021, S. 11) für die Städte, der unterschiedliche kurz- und langfristige Auswirkungen haben werde. Im Kontext des ersten Shutdowns wurde sogar ein neuer Stadttyp diagnostiziert, die „Virus City“, deren alles bestimmende Merkmal die Bedrohung der Gesundheit der gesamten Bevölkerung ist: „Grundrechte werden außer Kraft gesetzt, die Stadtbürgerinnen und Stadtbürger werden zu Insassen, Patienten, ja Gefangenen einer Krankenstation“ (Prell 2020, S. 110).

Die Pandemie hat eine Grundsatzdebatte zur Zukunft der Stadt entfacht. „Es gehört zu den Erzählungen der Pandemie, dass die Urbanität in der Krise ist“ (Kleilein 2021, S. 72). Schon während des ersten Shutdowns 2020 wurde die Frage gestellt: „Stoppt Corona die Urbanisierung?“ (Langen 2020). Mutmaßungen wie: „is this the beginning of the end for big cities?“ (Nathan/Overman 2020, S. 1537) kursierten, pauschale Antworten bis hin zum prognostizierten „death of the city“ (Hernández-Morales et.al. 2020) wurden teilweise bereits bald nach Pandemieausbruch gegeben. Ähnlich diagnostiziert Garrett: „The COVID-19 pandemic will reverse the trends of globalization and urbanization....Urbanization is likely to be the other major casualty of the coronavirus“, die Konsequenzen seien Desurbanisierung und schrumpfende Städte (Garrett 2020). Der US-amerikanische Stadtforscher Joel Kotkin, meint „The current pandemic is likely to accelerate pre-existing conditions driving the dispersion of both people and jobs“ (Kotkin 2020). Michael Batty befürchtete den „death knell for the compact city idea“ (Batty 2020, S. 549). Es wird aber auch differenziert, „Teleworking, not the coronavirus, is making urban living obsolete“ (Hernandes et. al. 2020). Stefan Siedentop und Ralf Zimmer-Hegmann gehen demgegenüber nicht davon aus, „dass die Corona-Pandemie und ihre längerfristigen ökonomischen und sozialen Folgen die Urbanisierung bremsen und das

Verständnis von nachhaltiger Stadtentwicklung verändern werden – weder im deutschen Kontext noch in internationaler Perspektive“ (Siedentop, Zimmer-Hegmann 2020, S. 3). COVID-19 habe das Potenzial, die „Urbanisierung kurzfristig aufzuhalten, weil die global einbrechenden Ökonomien die arbeitsmarktorientierte Migration dämpfen werden. In längerfristiger Perspektive erwarten wir jedoch keinen dauerhaften Bremseffekt“ (ebd.). Ähnlich argumentieren auch Florida et al., „that COVID-19, despite the high levels of devastation it has caused in certain cities, will derail the long-standing process of urbanization and the economic role of cities“ (Florida et al. 2021, S. 2). Florida et al. verweisen auch auf die Erfahrungen aus früheren Epidemien, „large cities have rebounded from the devastation of epidemics and many other types of crisis and catastrophes (ebd., S. 3). Der Blick in die Geschichte zeigt, dass sich Pandemien immer auch auf das Geburtenverhalten ausgewirkt haben (Aassve et al. 2020). Während des ersten Shutdowns im Frühjahr war in vielen Medien noch über einen möglichen Babyboom spekuliert worden (Döring und Walter 2020). Mittlerweile ist diesbezüglich Ernüchterung eingetreten, „birthrates are falling globally...The COVID-19 pandemic is serving as a modifier ... In fact, the Brookings Institute estimates that 300.000 babies were not born in the US as a result of economic insecurity related to the pandemic“ (Bricker 2021). Für andere Länder liegen bislang nur lückenhaft aktuelle Daten bzw. Schätzungen vor, es kann aber vermutet werden, dass dieser Effekt nicht auf die USA beschränkt geblieben ist. Aassve et al. (2020) gingen im Frühsommer 2020 von durch die Pandemie fallenden Geburtenraten in den Industriestaaten des globalen Nordens aus. Als Auslöser sahen sie insbesondere wirtschaftliche Unsicherheiten durch die damals erwarteten massiven negativen Folgen der Pandemie für die Weltwirtschaft an. Andere Analysten erwarteten einen „Mini-Baby-Boom“ wenn Impfstoffe allgemein zugänglich und die Restriktionen weitgehend aufgehoben sind. Bricker hält das für wenig wahrscheinlich und selbst wenn es diesen „Mini-Baby-Boom“ gebe, würde er den Rückgang während der Pandemie nicht vollständig kompensieren (Bricker 2021). Aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Geburten in Deutschland zufolge wurden 2021 rund 795.000 Kinder geboren – dies ist der höchste Wert seit 1997. Gleichzeitig ist die Zahl der Eheschließungen auf einen neuen historischen Tiefststand gesunken (Statistisches Bundesamt 2022b). Es deutet sich also an, dass die Pandemie Paare eher dazu motiviert hat, ihre Heiratspläne aufzuschieben oder aufzugeben, nicht jedoch ihren Kinderwunsch. Ob es gerechtfertigt ist, von einem „Mini-Baby-Boom“ zu sprechen, wird die Entwicklung des Geburtenverhaltens in den Jahren 2022 und 2023 zeigen.

Wir haben im Jahr 2021 mit unserer Studie zur Entwicklung der (Groß)Städte unter den Bedingungen der Corona-Pandemie begonnen, weil wir uns dafür interessierten, ob und wenn ja wie Reurbanisierung, Wachstum bzw. Wiederwachstum der deutschen Großstädte von der Pandemie beeinflusst bzw. beeinträchtigt sind (Rink et.al. 2021). Wir sind dabei zunächst nicht mit einem spezifischen Konzept an die Analyse der Daten für das Jahr 2020 herangegangen, sondern vielmehr mit einer offenen, statistischen Auswertung. Allerdings folgten wir skeptischen Annahmen und erwarteten eine geringere Geburten-, aber höhere Sterbefallzahl sowie eine verringerte internationale und Binnenmigration. Das Ergebnis für die untersuchten 15 größten deutschen Städte war deutlicher als von uns erwartet, nur wenige verzeichneten im ersten Corona-Jahr noch Wachstum oder stagnierten, die meisten schrumpften (vgl. Rink et.al. 2021, S. 5). Auch die Analyse der kreisfreien Städte erbrachte ein ziemlich eindeutiges Bild

(Wolff et.al. 2021, 2022). Die Zusammenschau unserer Analyse hat uns durchaus beeindruckt und zu weiteren Diskussionen geführt. Im Ergebnis gehen wir in diesem Jahr mit einem Schrumpfungskonzept an die Analyse der Daten. Wir gehen davon aus, dass die COVID 19-Pandemie eine Ursache von urbaner Schrumpfung darstellt. Demzufolge nehmen wir an, dass unter den Bedingungen der Pandemie urbane Schrumpfung der Normalfall der Entwicklung deutscher Städte ist. Wir wollen mit unserer Analyse folgenden Fragen nachgehen: Hat die COVID-19-Pandemie das Wachstum der (Groß)Städte gestoppt bzw. eine neue Welle der Schrumpfung ausgelöst? Und wenn ja, welches Ausmaß haben die Schrumpfungsprozesse in Städten (bislang)? Wie entwickelt sich der natürliche Saldo: Ist eine Übersterblichkeit zu beobachten, und wenn ja, wie hoch ist diese? Hat die Pandemie einen Rückgang der Geburtenrate bzw. -zahl verursacht? Wenn ja, lässt sich dieser quantifizieren? Im Weiteren sind auch die Wanderungen einzubeziehen: Lässt sich eine (verstärkte) Abwanderung aus den Städten ins Umland bzw. aufs Land beobachten? Wie haben sich Binnenmigrationen und internationale Migrationen unter den Bedingungen der Pandemie verändert? Auf der Grundlage unserer Analyse wollen wir abschließend auch diskutieren, wie die Pandemie-Effekte einzuschätzen sind. Führen sie zu Trendbrüchen, zu neuen Trends oder sind sie nur Verstärker/Bremser bereits bestehender Entwicklungen?

2. Forschungs- und Diskussionstand: Befunde, Positionen und Prognosen

Die akademische Diskussion zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Stadtentwicklung ist mittlerweile in vollem Gange, neben den oben zitierten Positionen und Statements sind inzwischen auch erste Befunde, Prognosen und ausführliche Argumentationen vorgelegt worden. Im Folgenden soll zunächst die internationale, dann die deutsche Literatur speziell zur Bevölkerungsentwicklung großer Städte gesichtet werden. Wir haben dazu eine systematische Suche in deutscher und englischer Sprache mit einigen Schlagwörtern durchgeführt (COVID 19, Corona, Pandemie, Stadtentwicklung, Städte). Wir geben hier Meinungen wieder, die exemplarisch für bestimmte Positionen stehen. Des Weiteren fokussieren wir auf Studien, die zu verschiedenen Fragen eigene empirische Untersuchungen angestellt haben.

Die Diskussionen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Stadtentwicklung starteten unmittelbar während des ersten Shutdown im Frühjahr 2020. Hier wurden die ersten Szenarien einer möglichen Entwicklung durchgespielt. Als entscheidender Faktor wurde damals die Verfügbarkeit effektiver Impfstoffe angesehen. Von der Geschwindigkeit der Verfügbarkeit von Impfstoffen wurde die Dauer der Pandemie abhängig gemacht. Bei einer kürzeren Dauer wurden geringere, bei einer längeren Dauer gravierendere Auswirkungen der Pandemie auf die Stadtentwicklung erwartet (Nathan/Overman 2020, S. 1538ff.). Zu diesem Zeitpunkt wurde eine der schwersten ökonomischen Krisen überhaupt erwartet, ausgelöst durch die Pandemie und mit massiven Auswirkungen auf die Städte (Batty 2020, S. 549). Zugleich wurde im ersten Jahr der Pandemie viel über das sogenannte „new normal“ der „post-pandemic city“ spekuliert (Batty 2020, S. 551).

Eine Analyse von Morgan Stanley zur Entwicklung amerikanischer Städte bezieht sich zunächst auf Medienberichte, wonach es eine scheinbar flächendeckende Abwanderung aus den städtischen Zentren der USA gäbe. „A theory developed that the pandemic had perhaps changed Americans’ view on city living and that, post-pandemic, this exodus from cities could be permanent” (Morgan Stanley 2021). Eine Auswertung von Daten der Handyortung erbrachte, dass nicht alle Städte Einwohner verloren haben, sondern viele nur an benachbarte Landkreise, außerdem könnten diese Wanderungen auch temporär sein (ebd.). Eine Auswertung unterschiedlicher Daten habe ein differenziertes Bild ergeben, die Bevölkerungsverschiebungen variierten je nach Stadt, in einigen Fällen sogar erheblich. Morgan Stanley teilte eine Reihe von Städten in vier Kategorien ein: 1. Boomende Städte: Sie verzeichneten ein anhaltendes Bevölkerungswachstum während der Pandemie; dazu gehören z.B. Jacksonville, Memphis, Phoenix, Albuquerque und Atlanta. 2. Städte, die sich erholen: Diese Städte haben zwar an Bevölkerung verloren, zeigen aber erste Anzeichen von Wachstum; dazu gehören 21 Metropolen, darunter San Antonio, Charlotte, und Las Vegas. 3. Stagnierende Städte: Sie haben an Bevölkerung verloren und zeigen nun gemischte Anzeichen eines Aufschwungs; in dieser Kategorie sind neun Städte, wie Austin, Portland, Seattle und Denver. 4. Nachzügler-Städte: Sie wiesen vor der Pandemie ein Wachstum auf, das unter dem Trend lag, und zeigen noch keine konsistenten Anzeichen für einen Aufschwung, z.B. Los Angeles, San Francisco, San Jose und New York – sie gehören zu den größten und teuersten Märkten der USA (ebd.). Es sei also keineswegs zu einem flächendeckenden Rückgang der Einwohnerzahlen gekommen.

New York war insbesondere im Jahr 2020 ein instruktives Beispiel für eine plötzliche Veränderung von Migrationsströmen. Im Frühjahr 2020 war New York City für einige Monate das Epizentrum der COVID 19-Pandemie in den USA. Die Zahl der Corona-Infektionen explodierte förmlich, bis September 2021 sind in der Stadt mehr als 34.000 Menschen an COVID-19 gestorben; fast zwei Drittel dieser Todesfälle ereigneten sich in den ersten drei Monaten (Stringer 2021, S. 1). Die Pandemie löste im Frühjahr 2020 einen „temporären Exodus“ aus, von März 2020 bis Juni 2021 stieg die Nettoabwanderung aus der Stadt im Vergleich zu den Trends vor der Pandemie stark an (ebd., S. 2). In den ersten drei Monaten der Pandemie, von März bis Mai 2020, waren mehr als 60 Prozent der Nettoumzüge aus der Stadt als temporär gekennzeichnet, aber seitdem wurden 79 Prozent der Nettoumzüge als dauerhaft gemeldet (ebd.). Bewohner aus den wohlhabendsten Vierteln der Stadt zogen am ehesten weg, die Bewohner der reichsten 10 Prozent der Stadtteile zogen im Jahr 2020 4,6 Mal häufiger weg als andere Bewohner (ebd.). Auf der Grundlage einer Auswertung der Daten der US-Post wird geschätzt, dass New York von März 2020 bis Juni 2021 eine zusätzliche Abwanderung von 130.837 Umziehenden zu verzeichnen hatte. Seit Juli 2021 verzeichnet die Stadt einen Nettozuwachs, was auf eine allmähliche Rückkehr nach New York City hindeutet (ebd., S. 5).

Florida et al. (2021) verweisen zunächst darauf, dass es zu Beginn der Pandemie Berichte über eine gewisse "Stadtflucht" gab und es darüber spekuliert wurde, dass diese anhalten würde. So wurde z.B. Wanderungsbewegungen von den Städten ins suburbane Umland bzw. aufs Land festgestellt; ein prominenter Fall war diesbezüglich das oben schon behandelte New York (Florida et al. 2021, S. 8, s.o.). Dies schien aber eine temporäre Abwanderung zu sein, nach

Aufhebung des Shutdowns kehrten viele wohlhabende Menschen sowie Familien in die Städte zurück (ebd., S. 8 f.). „The lockdown has become a massive forced experiment in teleworking, remote shopping, dependency on home deliveries, and even in keeping and developing personal relationships” (Florida et al. 2021, S. 10). Die Diskussion konzentriert sich dabei auf den Anstieg von Homeoffice und dessen Auswirkungen auf die Städte. Je nach Datenlage bzw. eigener Schätzung wird von 10%, 20% oder noch mehr Wachstum des Homeoffice ausgegangen, mit entsprechenden Auswirkungen auf städtische Büro- und Wohnungsmärkte (Florida et al. 2021, S. 11). Florida et al. machen mögliche Transformationen der Stadtentwicklung wesentlich von der Dauer der Pandemie abhängig: „If the duration is short, cities may return to a new normal that is not very different from the previous normal“ (Florida et al. 2021, S. 18). Es sei zwar schwierig mitten in der Pandemie Voraussagen zu machen, aber das Ergebnis ihrer Analyse sei, „our primary scenario is that the broad macrogeographical pattern of urbanisation is unlikely to be changed“ (Florida et al. 2021, S. 18). Städte bzw. urbane Ballungsräume würden ihre Attraktivität als Standorte kreativer Industrien behalten. Die Wissensarbeit könne in Zukunft mehr hybrid werden, d.h. mit einem höheren Anteil Homeoffice. Als Folge dessen könnten die suburbs „become more attractive to some fraction of the workforce, notably families with children” (Florida et al. 2021, S. 15).

Kato und Takizawa haben für den Ballungsraum Osaka in Japan die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Stadtentwicklung untersucht. Sie gehen konzeptionell davon aus, dass die Pandemie weltweit massive Abwanderungsströme aus den Städten ausgelöst hat, damit wollten sich die Menschen schützen: „Therefore, the phenomenon of the urban exodus arose in cities worldwide. ... During the COVID 19 pandemic, urban exodus might have caused a new type of shrinking city” (Kato/Takizawa 2022, S. 2). Die Studie beruht auf einer Auswertung der Daten der monatlichen Bevölkerungsstatistiken der Gemeinden der Metropolregion Osaka. Vor der COVID 19-Pandemie verzeichneten die Gemeinden in der Metropolregion Osaka einen erheblichen Bevölkerungsrückgang. Für den Zeitraum von Sommer bis Herbst 2020 wurde keine signifikante Veränderung der Bevölkerung festgestellt (ebd., S. 5). In diesem Zeitraum nahm die Bevölkerung durch Zuwanderung von außerhalb sogar zu. Danach kam es jedoch zu Schrumpfung, im Winter und Frühjahr 2021 ging die Bevölkerung deutlich zurück. „Due to the urban exodus, in ordinance-designed/regional hub cities, the population decreased in the area of approximately 30 km, and the population increased over 30 km away from the city center” (ebd., S. 9). Ähnlich wie in New York konnte in Osaka eine Abwanderung von Einwohnern aus der Metropole Osaka in das etwas weiter entfernte Umland beobachtet werden. Allerdings verweisen Kato und Takizawa auf die Beschränkungen ihrer Studie, “we do not know the driving factor of the urban exodus, which is the change of people’s residential location choice preferences” (ebd., S. 11).

Die Vereinten Nationen geben in einem Policy-Brief zu COVID 19 die Empfehlung, dass die Städte kompakt bleiben, dass Entdichtung und urban sprawl verhindert werden sollten (United Nations 2020, S. 8, 28). Auf die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in den Städten wird dabei zwar nicht eingegangen, jedoch reagieren die UN damit (indirekt) auf Annahmen bzw. schon beobachtbare Entwicklungen hin zu einer Abwanderung aus den (großen) Städten. Die Europäische Kommission hat Anfang 2022 ein Positionspapier zu schrumpfenden Städten

vorgelegt. Darin wird eine Verstärkung von Schrumpfungsprozessen für eine zunehmende Zahl von EU-Städten prognostiziert, vor allem in Ost- und Südeuropa; allerdings findet sich kein Wort zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Entwicklung der Städte in der EU (European Commission 2022).

Was den deutschen Kontext anbetrifft, so geht das BBSR in seiner Raumordnungsprognose 2040 für Deutschland für die nächsten Jahre von einem jährlichen positiven Wanderungssaldo aus. Für 2020 setzte das BBSR pandemiebedingt eine niedrigere Zuwanderung von 150.000 Menschen an (BBSR 2021, S. 10), die aber bereits mit rund 220.000 um 70.000 übertroffen wurde (www.destasis.de). Im Jahr 2021 sollte der BBSR-Prognose zufolge die Zuwanderung wieder steigen, auf 225.000 und 2022 soll sie bei 300.000 liegen (ebd., S. 11, 22). Für die Jahre 2023-2025 geht das BBSR von einer kontinuierlich rückläufigen Zuwanderung aus, die 2026 die Zahl von 206.000 Menschen erreicht, dieser Wert wird dann für den Zeitraum von 2026 bis 2040 als konstant stabil angenommen (ebd.). Der BBSR-Raumordnungsprognose zufolge sinkt die Bevölkerungszahl Deutschlands nach einem Anstieg auf maximal 83,2 Millionen Einwohner im Jahr 2024 bis 2040 kontinuierlich auf 81,9 Millionen Einwohner (BBSR 2021, S. 3). Die günstigen Trends des demografischen Wandels also wachsende und kaum alternde Bevölkerung, konzentrieren sich auf die zentraler gelegenen und wachsenden Regionen vor allem in Westdeutschland. Dagegen sind die peripherer gelegenen und schrumpfenden, also eher strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland viel deutlicher von sinkenden Bevölkerungszahlen und einer ungleich stärkeren demografischen Alterung betroffen (ebd.). Schrumpfende Regionen in Ostdeutschland werden bis 2040 demzufolge über ein Fünftel ihrer Bevölkerung verlieren. Unter den fünfzig wachstumsstärksten Kreisen finden sich fast alle der größten Städte Deutschlands, sowie eine Reihe weiterer, das größte Wachstum werden aber Landkreise in Süddeutschland verbuchen (ebd.). Das BBSR hat zwar keine differenzierten und konkreten Prognosen für einzelne (Groß)Städte gemacht, angesichts der Annahmen einer rückläufigen Zuwanderung aus dem Ausland und einer generell abnehmenden Bevölkerung dürfte das Wachstum der (Groß)Städte geringer ausfallen als im vergangenen Jahrzehnt.

Für die 2010er Jahre spricht Braun (2021) rückblickend für deutsche Großstädte von der Überlagerung dreier Zuwanderungszyklen zu einem „Superzyklus“ – dieser Zyklus lief dann aber schon Ende der 2010er Jahre aus bzw. kam mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 zu einem abrupten Ende. In Analogie zu den Folgen der Finanzkrise 2007 ff. könnte „... die Corona-Krise ... zu neuer Einwanderung aus Südeuropa führen und damit einen neuen Zyklus starten. Das ist dann der Fall, weil oder wenn Deutschland besser als diese Länder durch die Krise kommen sollte“ (Braun 2021, S. 73). Derartige Überlegungen zu einem neuerlichen Migrationsboom finden sich auch in andere Publikationen (z.B. Schmidt 2021).

Einschlägige Immobilienprognosen gehen von weiter steigender Wohnungsnachfrage vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen aus – und damit auch von weiterer (starker) Zuwanderung in die Großstädte. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln stützt sich auf die Raumordnungsprognose des BBSR und rechnet mit einem Zuwachs von jährlich 63.300 Einwohnern für die kreisfreien Großstädte in Deutschland bis 2025 (Henger/Voigtländer 2021, S. 9). Der Wachstumsdruck werde sich auch weiterhin auf die Ballungszentren konzentrieren,

sich aber auch zunehmend in das Umland in entferntere Standorte ausdifferenzieren (ebd., S. 4). „Alle Top-7-Städte und 45 der insgesamt 71 kreisfreien Städte müssen ihre Bautätigkeit ausweiten“, der gesamtdeutsche Wohnungsbedarf bleibe mit 308.000 jährlich neu benötigten Wohnungen auch in den nächsten fünf Jahren auf einem hohen Niveau (ebd., S. 4, 5). Für das IW Köln ist es offen, ob und wie Digitalisierung und Homeoffice dem Stadttrend entgegenläuft. Es wird damit gerechnet „dass es in den nächsten Jahren weiterhin viele Menschen in die Großstädte zieht: Zwar werden mehr Deutsche mobil arbeiten und seltener pendeln, aber die grundsätzliche Orientierung an einer Stadt ändert sich nicht“ (Henger/Voigtländer 2021, S. 9). Einige andere Immobilien- und Wohnungsmarktanalysten rechnen ebenfalls damit, dass die (Groß)Städte nach dem Corona-bedingten Einbruch wieder wachsen werden. Jedenfalls gehen sie von anhaltend hoher Nachfrage und angespannten Wohnungsmärkten in den deutschen Großstädten aus (Pestel-Institut 2020; Braun 2021). Auch die im Herbst 2021 neu ins Amt gekommene Ampelregierung geht implizit von einer weiterhin hohen bzw. wachsenden Nachfrage aus, wenn sie den Neubau von jährlich 400.000 Wohnungen plant, schwerpunktmäßig in den Großstädten (Mehr Fortschritt wagen 2021, S. 88). Der Immobilienökonom Guido Spars konzediert, „zweifellos hat Corona kurzfristig die Wanderungsbewegungen stark beeinträchtigt“, er geht aber davon aus, dass die Zusatznachfrage von Studierenden, Auszubildenden, Arbeitnehmern aus weniger erfolgreichen Regionen Europas und Geflüchteten wieder anzieht (Spars 2021, S. 201).

Osterhage und Albrecht (2021) haben in einer größeren Studie die Wanderungsbewegungen in Deutschland in den letzten Jahren untersucht. Demzufolge könne für die jüngere Vergangenheit „ein bereits mehrfach beschriebener Schub bei der Wohnsuburbanisierung bestätigt werden. Es ziehen wieder mehr Menschen in das Umland der Kernstädte“ (Osterhage/Albrecht 2021, S. 1). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Ursache dieser Suburbanisierung, dazu führen sie aus: „Der Bedeutungsgewinn der Wohnsuburbanisierung ist nach den vorherrschenden Einschätzungen nicht als bewusste Abkehr von städtischen Wohnstandorten zu verstehen, sondern stellt vielmehr eine durch Knappheit getriebene Ausweichbewegung dar“ (Osterhage/Albrecht 2021, S. 2). Hier stellt sich natürlich die Frage, welche Rolle COVID-19 hier spielt, denn offensichtlich ist die Pandemie nicht die Ursache der Umland- bzw. Landwanderung. Es scheint so zu sein, dass die Pandemie den vorhandenen Trend lediglich verstärkt. Angetrieben wird dieser jedoch von den hohen Preisen in den Großstädten, die während der Pandemie weiter zugelegt haben (vgl. ZIA 2022).

Eine zentrale Frage, der vor allem viele Medienbeiträge nachgehen, ist, ob und wenn ja, wie die Corona-Pandemie die Wohnortpräferenzen der Bevölkerung verändert. Seit Ausbruch der Pandemie wird darüber spekuliert, ob sie zu Suburbanisierung oder sogar einer Stadtflucht und Revitalisierung des ländlichen Raums führen könnte. Harald Simons erklärte etwa im Sommer 2021 „Kommando zurück! Schwarmstadt war gestern, die neue Landlust ist da“. Das Pendel würde zurückschlagen in Richtung einer neuen Landlust und der Schwarmstadttrend gehe zu Ende. Viele Anzeichen würden „für eine fundamentale Trendwende“ sprechen (Simons 2021). Dolls und Mehles vermuten, dass die Zunahme von Homeoffice „das Ende des seit über zehn Jahren anhaltenden Bevölkerungswachstums der urbanen Räume einleiten“ werde (Dolls/Mehles 2021, S. 3). Dazu kommentiert das DIFU: „Generell scheint sich das Thema

„Heimarbeit“ zum zentralen Dreh- und Angelpunkt in der Diskussion um die zukünftige Entwicklung der Wohnstandortwahl zu entwickeln“ (DIFU 2021b, S. 6). Das ifo Institut und immowelt haben im Mai 2021 eine großangelegte Umfrage unter 18.000 Menschen in urbanen, suburbanen und ruralen Gegenden Deutschland durchgeführt. Diese Studie untersuchte die aktuellen Wohnortpräferenzen der deutschen Bevölkerung und „wie diese durch die Corona-Pandemie beeinflusst werden (ebd.). Die Umfrage ergab, dass knapp 13% der Befragten aus den deutschen Großstädten plane, diese innerhalb der kommenden zwölf Monate zu verlassen (Dolls/Mehles 2021, S. 3). Dabei handele es sich überproportional um Menschen im jungen und mittleren Alter sowie um Haushalte mit Kindern. Großstadthaushalte wollten demzufolge häufiger umziehen als solche in suburbanen und ruralen Räumen. „Rund 46% der Befragten mit kurzfristigen Umzugsplänen gibt an, dass ihre Umzugspläne durch die Corona-Pandemie beeinflusst wurden. Meistgenannte Umzugsziele der befragten Großstadtbewohner*innen mit kurzfristigen Umzugsplänen sind kleinere Großstädte mit 100.000-500.000 Einwohnern (38%) und suburbane Räume im Speckgürtel einer Großstadt (30%), der ländliche Raum spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle (11%)“ (Dolls/Mehles 2021, S. 3). Die Ergebnisse der Umfrage legten nahe, dass Aspekte wie höhere Lebensqualität, günstigere Immobilienpreise und mehr Platzangebot bei gleichzeitig guter Infrastruktur und Anbindung eine wesentliche Rolle bei Menschen im mittleren Alter mit Kindern spielten (ebd., S. 6). Die Studie liefert Anhaltspunkte dafür, dass die Corona-Pandemie den bestehenden Trend der Suburbanisierung verstärken könnte, laut den Autoren habe die Corona-Pandemie das Potenzial, „dieser Entwicklung einen starken Schub zu geben“ (ebd., S. 7). Umfragen unter Erwerbstätigen legen nahe, dass während des ersten Shutdowns im Frühjahr 2020 zwischen 34-44% der Beschäftigten ganz oder teilweise im Homeoffice gearbeitet haben (Alipour et al. 2021, S. 3). Alipour et al. legten eine Berechnung des Homeoffice-Potenzials in Deutschland vor, „demnach können insgesamt 56% der Jobs zumindest teilweise ins Homeoffice verlagert werden“ mit deutlichen Unterschieden zwischen Regionen und Branchen (ebd., S. 1). Eine Befragung im Februar 2021 erbrachte, dass ca. 30% der Beschäftigten mindestens teilweise im Homeoffice arbeiteten – das Homeoffice-Potenzial wurde demnach bei weitem nicht ausgeschöpft (ebd.). Die während der Pandemie gemachten Erfahrungen werden dem Homeoffice bestimmt einen Impuls geben, aber sicher keinen Exodus aus den Büros in den Homeoffice auslösen und damit die Pendelmigration eindämmen. Neumann et al. (2022) haben im Herbst 2020 eine Studie zum Einfluss von Homeoffice auf die Entwicklung der Siedlungsstrukturen und das Wohnen durchgeführt. Die nicht-repräsentative Online-Befragung bei mehrheitlich in Rheinland-Pfalz wohnenden und überwiegend privilegierten Befragten zeigte, „dass die Covid-19-Pandemie keine dramatischen Auswirkungen auf die Wohnstandortwahl haben wird – auch wenn ein Trend in Richtung kleinerer Orte erkennbar ist“ (ebd., S. 15). Die feststellbaren Entwicklungen seien als „vorläufige Beobachtungen“ zu betrachten, die langfristigen Folgen der Covid-19-Pandemie für das Wohnstandortverhalten seien noch nicht eindeutig zu benennen, eine „neue Lust der Städter auf das Leben auf dem Land“ sei jedenfalls nicht feststellbar (ebd.). Drei Viertel der Befragten haben während der Shutdowns Erfahrungen mit Homeoffice gemacht, häufiger Personen mit hoher Bildung, hohem Einkommen und großen Wohnungen (ebd., S. 14). Von einer Mehrheit werde eine weitere Flexibilisierung der Arbeit auch weiterhin gewünscht. „Der Trend zur Etablierung zeit-

und vor allem ortsflexibler Arbeitsformen hat durch die Covid-19-Pandemie somit einen neuen Schub erhalten“, resümieren die Autor:innen ihre Studie (ebd.).

Um die aktuelle Schrumpfung in Stuttgart – wesentlich verursacht durch Suburbanisierung – zu analysieren, hat das statistische Amt der Stadt im Jahr 2021 eine Wanderungsmotivbefragung durchgeführt. Zentral war die Frage, „wer verlässt warum die Stadt?“ (Mäding, Held 2022). Die Antwort ist, es ziehen mit über 40% Anteil vor allem Paare ohne Kinder in die Wohnungsmarktregion Stuttgart, dann Haushalte mit Kindern, mit über 30% Anteil (ebd.). Fast die Hälfte diese Haushalte verfügt über leicht oder weit überdurchschnittliche Einkommen, durchschnittliche Einkommen sind mit 30% aber auch stark vertreten. Interessant ist aber auch, dass etwas mehr als 20% der Umziehenden ein weit oder leicht unterdurchschnittliches Einkommen haben. Da stellt sich die Frage, ob es sich dabei um die Verdrängten handelt, die sich die Mietpreise in Stuttgart nicht mehr leisten können? Die Entscheidungskriterien gegen den Wohnstandort Stuttgart sind: zu hohe Wohnkosten (Mieten, Kaufpreise) mit über 70%, keine passende Wohnung, Haus oder Bauplatz gefunden mit knapp 50% sowie persönliche Gründe (Arbeit, Ausbildung, Kind(er), Partner(in)). 65% der Umlandwanderer verlassen Stuttgart ausschließlich aus wohnungsmarktbezogenen Gründen. Vor allem junge Familien geben wohnungsmarkt-bezogene Gründe an (79%). Ein erheblicher Teil der Umlandwanderer kann sich vorstellen in Zukunft wieder nach Stuttgart zu ziehen, 21% auf jeden Fall und 33% vielleicht. Allerdings knüpfen 62% der Rückzugswilligen eine mögliche Rückkehr an ein passendes Wohnungsangebot, 49% an die Wohnungsmarktentwicklung (ebd.). Die Frage, ob die Corona-Pandemie einen Einfluss auf die persönliche Umzugsentscheidung hatte, beantworten 26% mit ja und 74% mit nein. Bei vielen Umlandwanderern ist der Platzbedarf (Arbeitszimmer) gestiegen, die Wünsche nach Naturnähe und einem anderen Wohnumfeld haben zugenommen. Die Pandemie ist offensichtlich ein Motiv bzw. Grund, der die Abwanderung begünstigt bzw. befördert. In Stuttgart blieb 2020 und 2021 der Zuzug aus Deutschland und aus dem Ausland aus, dafür hat die Stadt massiv an das Umland bzw. die Wohnungsmarktregion Stuttgart Einwohner verloren (2021 rund 5400). Diese verstärkte Abwanderung hat als Ziel insbesondere die Mittelzentren der Wohnungsmarktregion Stuttgart, es wird aber auch in weiter entfernte nicht-zentrale Gemeinden gezogen (ebd.). Für diejenigen, die jetzt auch im Homeoffice arbeiten können, wird die Entscheidung zum Umzug ins Umland bzw. sogar aufs Land erleichtert bzw. begünstigt. Wie das Beispiel Stuttgart zeigt, wirkt die Pandemie offensichtlich als Trigger für Suburbanisierung, die Ursachen liegen aber im Wohnungsmarkt.

Ein weiteres Thema, das im Zuge der Pandemie ins Zentrum der Debatte geriet, ist die Übersterblichkeit. Dazu wurden auf nationaler Ebene schon Aussagen gemacht bzw. Analysen durchgeführt (s.u.). Auf der Ebene einer einzelnen Stadt ist es offensichtlich schwierig, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie nachzuweisen. Waschipky und Naber haben das zum Beispiel für Leipzig getan und konnten für die zweite Welle der Pandemie ab November 2020 in Leipzig einen Anstieg der Zahl der Sterbefälle über das Niveau der Vorjahre hinaus nachweisen (Waschipky/Naber 2021, S. 21). In der Analyse wurde deutlich, „dass sich die Entwicklung der Sterbefälle zwischen November 2020 und Februar 2021 vom langjährigen Durchschnitt löst und klar oberhalb der saisonal zu erwartenden Werte liegt. Dieser Zeitraum

korrespondiert mit dem Anstieg der Inzidenz während der zweiten Welle“ (ebd., S. 25). Für die Stadt Leipzig deuten die Daten des Einwohnerregisters sowie des Gesundheitsamtes „für den Zeitraum der zweiten Welle der COVID-19-Pandemie (November 2020 bis Februar 2021) auf eine Sterblichkeit deutlich oberhalb des Niveaus der Vorjahre hin. Insbesondere für die Altersgruppe der über 80-Jährigen ergibt sich zum Jahresende 2020 ein Anstieg der Sterblichkeit, der mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die COVID 19-Pandemie zurückzuführen ist und der sich auch von früheren Phasen erhöhter Mortalität abhebt“ (Waschipky/Naber 2021, S. 30). Diese Übersterblichkeit wird jedoch nicht quantifiziert, weder in Zahlen noch in einem Prozentwert. So bleibt offen, ob die Übersterblichkeit in Leipzig über oder unter der durchschnittlichen Übersterblichkeit in Deutschland 2020 und 2021 lag. Eine aktuelle Studie zu regionalen Sterblichkeitsmustern auf Ebene der Raumordnungsregionen (Maretzke/Nowossadeck 2021) legt jedoch nahe, dass die COVID 19-Übersterblichkeit in der Region Westsachsen, zu der Leipzig gehört, 2020 im Bereich des Bundesdurchschnitts lag. Die Autoren zeigen jedoch auch, dass die Raummuster der pandemiebedingten Übersterblichkeit – von der besonderen Betroffenheit Süd- und insbesondere Ost Sachsens abgesehen – auf Ebene der Raumordnungsregionen keiner klaren Logik folgen (ebd.).

Bislang stellen Schrumpfung bzw. Stagnation der deutschen Großstädte als Folge bzw. Begleiterscheinung der Pandemie offensichtlich noch kein großes Problem für die Kommunalpolitik dar, dementsprechend haben sich jedenfalls die Oberbürgermeister:innen der kreisfreien Städte geäußert. Das ist das Ergebnis des Oberbürgermeister:innen-Barometers des DIFU, einer jährlichen Umfrage bei den Oberbürgermeister:innen der Großstädte zu den Problemen und Herausforderungen der Stadtentwicklung. Beim OB-Barometer 2021 wurde gefragt, mit welchen Folgen der Covid-19-Pandemie gerechnet werden müsse, was denkbare Folgen sowie sich daraus ergebende Herausforderungen für die Kommunalpolitik seien. Das DIFU hat dazu eine Liste von 9 Herausforderungen abgefragt, auf den ersten Plätzen rangierten die Gefährdung von Handel und Gastronomie, dann Verluste bei Steuereinnahmen und Existenzgefährdung der Kulturszene u.a. Auf dem 9. und letzten Platz rangierte „Einwohnerverluste durch Umzug“, lediglich 1% der Oberbürgermeister:innen sahen das als „sehr große“ Herausforderung, 3% als „große“, 26% antworteten „wenig“ und 66% „klein“ (DIFU 2021a, S. 3). Daran hat sich auch im zweiten Corona-Jahr nichts Grundsätzliches geändert, „Einwohnerverluste durch Umzug“ rangierte wiederum auf dem letzten, neunten Platz. Erneut haben nur 1% der Oberbürgermeister:innen das als „sehr große“ und nunmehr 6% als „große“ Herausforderung eingeschätzt (DIFU 2022, S. 3).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die internationalen wie die deutschen Diskussionen stark auf die Abwanderung aus den Städten fokussieren, sowohl in den suburbanen als auch in den weiteren ländlichen Raum. Über die ausgebliebene bzw. abgeschwächte Zuwanderung aus dem Ausland wird in Deutschland dagegen kaum gesprochen. Vielleicht mit Ausnahme einer möglichen neuen Zuwanderung aus dem Ausland als Folge der Corona-Krise (s.o.). Der natürliche Saldo, also Geburten und Sterbefälle, spielen kaum eine Rolle, insbesondere in der medialen Diskussion. 2020 war noch über einen Babyboom, die sog. „Coronials“ spekuliert worden, das spielte 2021 gar keine Rolle mehr, obwohl die Geburtenzahlen auf den höchsten Stand seit 1997 angestiegen sind (Statistisches Bundesamt 2022b). Im ersten Corona-Jahr

waren die Medien voller Spekulationen bezüglich der Stadtentwicklung, markant waren dabei dystopische bzw. apokalyptische Visionen. Im zweiten Corona-Jahr ist ein eher pragmatischer Ton eingezogen, der Einschnitt scheint weniger tief zu sein, als noch während des ersten Shutdowns im Frühjahr/Sommer 2020 befürchtet. Einiges hat sich als temporär erwiesen wie etwa die Flucht Wohlhabender aus einigen Städten aufs Land, wie z.B. aus New York im Frühjahr 2020. Anderes lässt sich eben erst in längerer Perspektive absehen, wie etwa die Entwicklung des stationären Handels oder die Nutzung von Büros. Hier – wie auch bei anderen prognostischen Aussagen – wäre zu hinterfragen, ob die Pandemie nicht „nur“ Entwicklungen beschleunigt bzw. befördert hat, die schon im Gange waren, wie etwa die steigende Suburbanisierung, die Zunahme des Versandhandels u.a.

3. Pandemie und Schrumpfung: konzeptuelle Überlegungen

Städte sind im Allgemeinen seit jeher auch Brennpunkte von Gesundheitsproblemen, durch die hohe Konzentration vieler Menschen auf engem Raum konnten bzw. können sich hier unterschiedliche Viren in der Regel schneller und leichter ausbreiten als auf dem Land. Epidemien hatten etwa in den europäischen Städten des Mittelalters und der frühen Neuzeit oft verheerende Auswirkungen und führten teils zur Entvölkerung von Städten (Krüger 2006, S. 59). In Nürnberg ist zum Beispiel während der Pest-Epidemie 1632-1634 ein Rückgang von ca. zwei Dritteln der Einwohner dokumentiert (ebd.). Im 19. Jahrhundert erreichte etwa die Cholera aus Südasien kommend europäische Städte, u.a. Berlin, London, Paris und Wien und verursachte dort tausende Todesfälle (ebd.). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts starben allein im Deutschen Reich jährlich schätzungsweise über 100.000 Menschen an Tuberkulose, die meisten davon in Städten (ebd.). Die sogenannte „Spanische Grippe“ (in den USA wurde sie „Great Flu“ genannt) vor hundert Jahren hatte aufgrund der im Ersten Weltkrieg erhöhten Mobilität erstmals eine globale Dimension. Diese Grippe trat am Ende des Ersten Weltkriegs zwischen Frühjahr 1918 und Frühjahr 1920 in drei Wellen auf und forderte laut WHO weltweit zwischen 20 und 50 Millionen Menschenleben, einige Schätzungen gehen sogar von 100 Millionen Toten aus (Wikipedia/Spanische Grippe). In Indien schätzt man die Zahl der damaligen Grippetoten auf 17-20 Millionen, in den USA starben ca. 675.000 Menschen, dabei waren vor allem die Städte an der Ostküste betroffen. In Deutschland betrug die Zahl der Toten ca. 300.000, es sollen sich damals zwischen 500.000-700.000 Soldaten des deutschen Heeres an der „Spanischen Grippe“ infiziert haben (ebd.). Auf das damals stürmische Städtewachstum hat die „Spanische Grippe“ jedoch keinen Einfluss gehabt, sie war in den „wilden 1920ern“ angesichts von politischen Unruhen, Hyperinflation und Wirtschaftskrisen auch schnell vergessen und hat im öffentlichen Bewusstsein keine nennenswerten Spuren hinterlassen. In den Jahren 1957 und 1958 führte das sogenannte „Asia-Virus“ weltweit zu ca. einer Million Toten (Jakubowski 2020, S. 18). Die als „Hongkong-Grippe“ bezeichnete Pandemie brach im Juli 1968 vermutlich in Hongkong aus, wobei unklar geblieben ist, ob das Virus zuvor schon in China umgelaufen war (Wikipedia/Hongkong-Grippe). Die weltweite Ausbreitung dieses Virus verursachte die letzte große Grippe-Pandemie des zwanzigsten Jahrhunderts, die geschätzte Zahl der Opfer soll von 1968 bis 1970 weltweit zwischen einer und vier Millionen Toten gelegen haben (ebd.). In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Winterhalbjahr 1969/70 den schwersten Ausbruch der „Hongkong-Grippe“. Genaue Fallzahlen wurden damals nicht

erhoben, im Nachhinein wurde für die Bundesrepublik zwischen September 1968 und April 1970 eine Übersterblichkeit von rund 40.000 Toten und von 12.500 Toten für die DDR im gesamten Jahr 1969 festgestellt (ebd.). Aber auch kleinere Grippewellen verursachen viele Todesfälle, so starben während der Grippe-Epidemien von 1995/96 und 2012/13 mit jeweils etwa 8,5 Millionen Infektionen allein in Deutschland jeweils rund 20.000 Menschen (Jakubowski 2020, S. 18). „Auch in der Saison 2016/17 und der Folgesaison 2017/18 wurden 23.000 bis 25.000 mit der Influenza verbundene Todesfälle beobachtet“ (ebd.). Diese Grippewellen spielten in der Öffentlichkeit der Politik und der Wissenschaft keine Rolle, ihre Wirkung für die Stadtentwicklung wurde komplett vernachlässigt.

Anders als im Mittelalter und der frühen Neuzeit führen laut Krüger Krankheiten und Epidemien heute in der Regel nicht mehr zur Schrumpfung von Städten (ebd.). In den meisten Entwicklungsländern ist die Wachstumsdynamik der Städte zu stark und in den reichen Ländern des Nordens sind im 20. Jahrhundert die sanitäre Infrastruktur und die Gesundheitsvorsorge so gut ausgebaut worden, dass es seit Jahrzehnten nicht mehr zu demographisch wirksamen Epidemien gekommen ist (Krüger 2006, S. 59). In den entwickelten Ländern stellen Grippe-Epidemien heute wohl die größte Herausforderung dar. Städte, insbesondere auch Megacities, im globalen Süden waren in der jüngsten Vergangenheit und sind in der Gegenwart immer wieder von Epidemien wie Malaria, Dengue oder HIV betroffen, freilich ohne dass dies dem z.T. stürmischen Wachstum dieser Städte in irgendeiner Weise Abbruch getan hat bzw. tut (ebd.). „Der Gedanke, dass Seuchen und Pandemien als Regulative zu einer drastischen Einschränkung des städtischen Bevölkerungswachstums führen, ist obsolet“, fasste Krüger lange vor Ausbruch der Corona-Pandemie seine Überlegungen zum Thema Epidemien und urbane Schrumpfung zusammen (Krüger 2006, S. 59).

Die COVID-19-Pandemie hat freilich diesbezüglich neue Tatsachen geschaffen, sie wird als viel gefährlicher eingeschätzt als frühere Pandemien: „SARS-CoV-2 is the deadliest viral pandemic since the emergence of HIV in 1981 and the worst airborne virus since the Great Flu of 1918-1920. It is the first time an airborne pandemic has gone global in the age of widespread commercial air travel (Florida et.al. 2021, nach Rosenwald 2020). Die Entwicklung der COVID-19-Pandemie hat die Städte nicht gleichermaßen getroffen, so konnte z.B. für New York eine besondere Betroffenheit im Frühjahr/Sommer 2020 festgestellt werden (s.o.). Großstädte mit einem sehr hohen Grad an Flugverbindungen, vielen internationalen Reisenden und Menschen in unmittelbarer Nähe waren während der ersten Welle der Pandemie in der westlichen Welt im März und April 2020 am stärksten betroffen, stellen Florida et.al. fest (2021, S. 4). Für die zuerst betroffenen Orte scheint die Schwere des Ausbruchs weniger ein Ergebnis der Dichte zu sein als vielmehr ein Ergebnis ihrer größeren Vernetzung mit der Welt und ihrer hochgradig interaktiven, kreativen lokalen Wirtschaft, meinen Florida et.al. (2021, S. 4). Und sie haben das noch einmal spezifiziert, dass COVID-19 in erster Linie zentrale Stadtgebiete betroffen hat (ebd., S. 19). Demgegenüber halten Adam und Klemme für Deutschland fest, „dass weder Großstädte überdurchschnittliche Infektionszahlen aufweisen noch in dieser Hinsicht als Stadttyp eindeutig von anderen abzugrenzen sind“ (Adam/Klemme 2020, S. 6). Möglicherweise liegt das daran, dass sich die Pandemie in Deutschland etwas später und langsamer verbreitete, als in anderen Ländern. Der erste Fall des neuartigen Coronavirus

(SARS-CoV-2) wurde im Januar 2020 in Deutschland registriert. Danach verlief die Pandemie in Wellen, derzeit (Sommer 2022) befinden wir uns im Aufbau der fünften Welle. Bis zum 7.7.2022 haben sich in Deutschland 28,8 Millionen Menschen an COVID-19 infiziert, 141.627 sind bislang daran bzw. damit gestorben (www.rki.de). Weltweit beträgt die kumulative Zahl bestätigter COVID-19 Infektionen derzeit mehr als 552,5 Millionen, die Zahl der Todesopfer wird mit 6,34 Millionen angegeben (www.google/covid-19: 7.7.2022).

Zu anderen Ursachen von Schrumpfung, wie z.B. Deindustrialisierung/wirtschaftlicher Strukturwandel, demographischer Wandel oder Migration gibt es schon zahlreiche Untersuchungen. Epidemien bzw. Pandemien sind bisher in ihrem Wirken auf moderne bzw. aktuelle Stadtentwicklung noch nicht ausreichend untersucht worden. Dazu gab es bislang allerdings auch wenig Anlass, da es in den letzten Jahrzehnten keine globalen Epidemien bzw. Pandemien gegeben hat, sondern lokale Ausbrüche von Dengue oder Ebola oder lokale Konzentrationen von HIV. Mit COVID 19 haben wir nun eine globale Pandemie, die in den Weltregionen ganz unterschiedlich verbreitet ist. Die Frage ist, wie Corona bestehende Urbanisierungstrends beeinflusst und insbesondere, ob die Pandemie urbane Schrumpfung ausgelöst hat? Und wenn ja, welches Ausmaß die Schrumpfungsprozesse in Städten sind. Diese Frage richtet sich zunächst auf das natürliche Saldo: Ist eine Übersterblichkeit zu beobachten und wenn ja, wie hoch ist diese? Hat die Pandemie einen Rückgang der Geburtenrate verursacht? Im Weiteren sind auch die Wanderungen einzubeziehen: Lässt sich eine Abwanderung aus den Städten ins Umland bzw. aufs Land beobachten? Wie haben sich Binnenmigrationen und internationale Migrationen unter den Bedingungen der Pandemie verändert?

4. Rückblick: Wie verlief die Entwicklung der (großen) Städte im Jahr 2020?

Im ersten Corona-Jahr 2020 betrug die mittlere Bevölkerungsveränderung der 15 größten deutschen Städte -0,18%. Dabei waren vor allem Frankfurt am Main, München und Stuttgart von einem stark zurückgegangenen Wachstum betroffen während sich der Trend in Bremen, Hamburg oder Essen nur geringfügig im Vergleich zum Vorjahr verschlechterte. Nur noch wenige Großstädte verzeichneten moderates oder schwaches Wachstum, allen voran Leipzig, Hamburg und München (>0,1%). Dagegen schrumpften Dortmund, Hannover, Dresden, Düsseldorf, Köln und Bremen moderat, Duisburg, Nürnberg und Stuttgart sogar sehr stark (<0,6%). Die Zahl der Geburten ist über alle 15 Großstädte hinweg im Vergleich 2019 zu 2020 um 2,5% gesunken. Besonders deutlich ist die Zahl der Geburten in Frankfurt/M., Bremen, Köln, Stuttgart (<-3,5%) und insbesondere Duisburg (<-8%) gefallen – nur in München und Leipzig ist die Zahl leicht gestiegen (+0,5%). Dagegen ist die Zahl der Sterbefälle im Schnitt über alle 15 Großstädte um knapp 5% gestiegen, insbesondere in Leipzig, München, Duisburg, Essen (jeweils >+5%), und – besonders deutlich – in Dresden (9%). Die Zahl der Fortzüge über alle 15 Großstädte ist um 9% gesunken während die Zahl der Zuzüge sogar um knapp 17% fiel. Die Zahl der Zuzüge ist in München, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt am Main und Bremen zwischen 18 und 21% gesunken, in Duisburg sogar um 34%. Duisburg ist jedoch auch die Stadt, in der die Zahl der Wegzüge am stärksten gesunken ist (22%). Andere Städte in denen die

Wegzüge sehr stark zurückgingen sind Nürnberg, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main und Hamburg (<-9%).

Der Trend für alle kreisfreien Städte in Deutschland bestätigt das Bild der 15 Großstädte: während 2019 noch 68 Prozent der insgesamt 107 Städte gewachsen sind, waren es 2020 knapp 22 Prozent. Die mittlere Bevölkerungsentwicklung dieser Städte hat sich nach einer starken Wachstumsphase der 2010er Jahre sogar ins Negative gekehrt. Mit Ausnahme der Metropolen hatte sich ein abgeschwächtes Städtewachstum bereits seit 2017 angekündigt. In jeder zweiten kreisfreien Großstadt wurde das Bevölkerungswachstum im ersten Pandemie-Jahr durch Bevölkerungsverluste abgelöst. Dies zeigt der Vergleich der Bevölkerungstrends 2015-2019 und der jüngsten Entwicklung 2019-2020. Dazu zählen Berlin, Dresden, Rostock und Erfurt, der Großteil der Städte im Ruhrgebiet bis hin zu Köln, zahlreiche Städte entlang der Rhein-Main-Neckar-Achse von Mainz nach Stuttgart, sowie in Bayern. Vergleicht man lediglich zwei Jahre, wird der Kontrast noch deutlicher: Während 2019 75% der insgesamt 67 kreisfreien Großstädte gewachsen waren, hat sich das Verhältnis 2020 umgekehrt. Heidelberg, Würzburg und Trier, Chemnitz und Magdeburg, sowie Stuttgart und Karlsruhe haben im Jahr 2020 am stärksten Bevölkerung verloren (<0,7%). Während Frankfurt am Main stagnierte, setzen Hamburg und München ihr Bevölkerungswachstum abgeschwächt fort, Leipzig und Potsdam wuchsen 2020 sogar noch moderat mit >0,7%. Mit Blick auf den Wanderungssaldo kann für die Mehrzahl der Städte ein Umschwenken von Wanderungsgewinnen hin zu -verlusten beobachtet werden. Während 2019 nur 14 Prozent aller Städte Wanderungsverluste erlitten, waren es 2020 bereits 52 Prozent. Dies ist im Wesentlichen durch den starken Einbruch der internationalen Zuwanderung bedingt, von der das Wachstum insbesondere der Großstädte seit mehreren Jahren stark dominiert wird (Wolff u. a. 2020). Die Zahl der Zuzüge war insbesondere in den Metropolen von 2019 auf 2020 um 18 Prozent zurückgegangen. Die Geburtenrate war zwischen 2019 und 2020 insbesondere in den Städten und Metropolen am stärksten gesunken, während die Sterberate vergleichsweise moderat anstieg. Von den insgesamt 107 kreisfreien Städten (Metropolen, kreisfreie Großstädte und die übrigen kreisfreien Städte) verbuchten 85 im Jahr 2020 natürliche Bevölkerungsverluste. In den meisten Städten haben sich die Verluste beschleunigt oder von einem positiven natürlichen Saldo 2019 in einen negativen Saldo in 2020 umgekehrt wie etwa in Leipzig, Dresden, Potsdam, Heilbronn und Pforzheim.

Inwieweit das Umland von einem abgeschwächten Städtewachstum profitiert, ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. 49 der 107 kreisfreien Städte verbuchten zwischen 2019 und 2020 einen Rückgang des Wanderungssaldos, während im dazugehörigen Umland ein Anstieg des Saldos festgestellt werden konnte. Dies betraf Berlin, Dresden, Erfurt, Braunschweig, Koblenz und Nürnberg. Dieses Phänomen könnte auf eine verstärkte Suburbanisierung im Sinne einer von der Stadt in das Umland gerichteten Wanderungsbewegung hindeuten. Städte, in denen sowohl die Wanderungsdynamik der Kernstadt als auch die ihres Umlandes zunahm, befinden sich beispielsweise in den Küstenregionen und in Sachsen-Anhalt. Städte mit einer positiven Wanderungsbilanz und einer geringeren Dynamik des jeweiligen Umlandes sind dagegen die Ausnahme (z. B. Speyer und Münster). Dagegen verbuchten 35 Städte, insbesondere in West- und Süddeutschland, abgeschwächte Wanderungssalden ebenso wie ihr jeweiliges Umland.

5. Die Bevölkerungsentwicklung in den 15 größten deutschen Städten im Jahr 2021

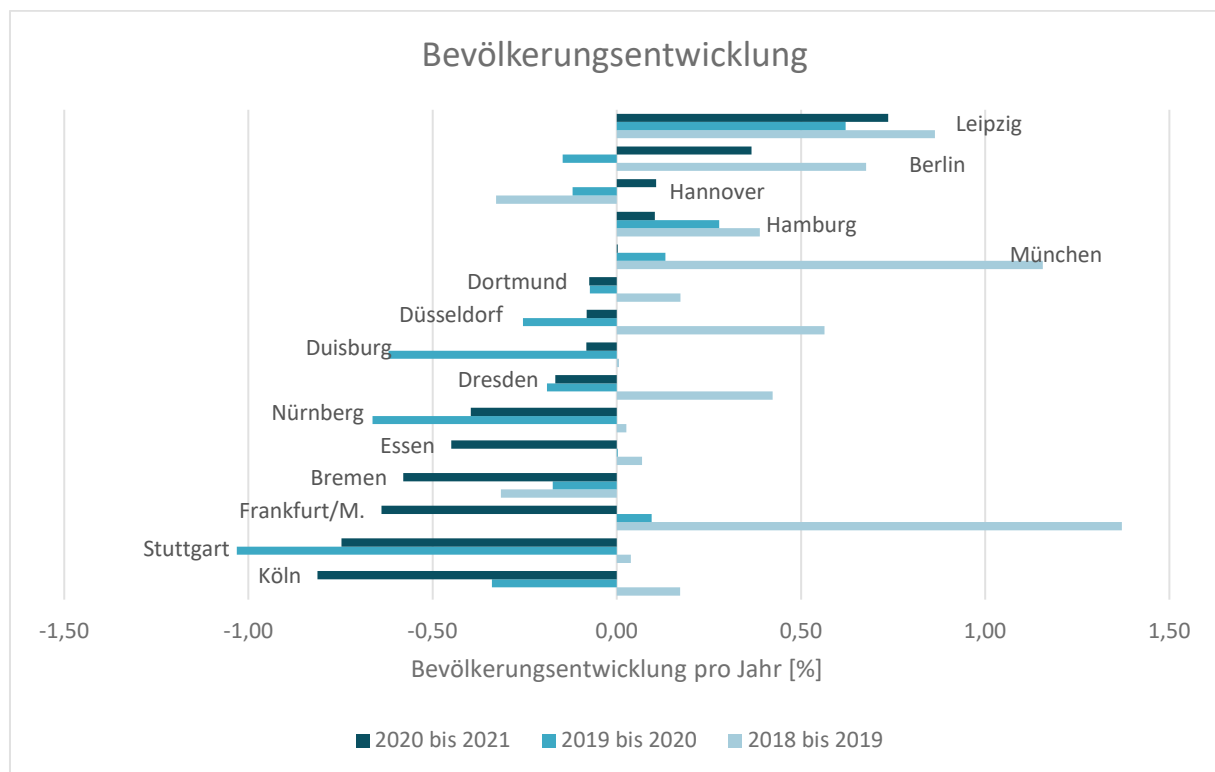
Ende 2021 haben in Deutschland nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes 83,2 Millionen Menschen gelebt und damit etwa so viele wie Ende 2020 bzw. Ende 2019 (Statistisches Bundesamt 2022a). Die Zahl der Geburten und der Sterbefälle hat vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge 2021 gegenüber dem Vorjahr zugenommen: „Ausgehend von den bereits vorliegenden Meldungen der Standesämter ist 2021 mit 775 000 bis 795 000 Geborenen und etwa 1,02 Millionen Gestorbenen zu rechnen. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 wurden 773 144 Kinder geboren, 985 572 Menschen sind gestorben. Der Saldo aus Zu- und Fortzügen wird für 2021 zwischen +270 000 und +320 000 Personen geschätzt“, im Jahr 2020 hatte das Wanderungssaldo noch +220 251 Menschen betragen (ebd.). Nach den endgültigen Zahlen lag die Zahl der Zugewanderten aus dem Ausland mit 317.000 am oberen Ende des Schätzintervalls und damit nur knapp unter dem Wert von 2019 (Statistisches Bundesamt 2022c). Der leichte Zuwachs der Bevölkerungszahl für 2021 ergibt sich also aus der gestiegenen Sterbefallzahl, die durch die gegenüber 2020 gestiegene Zuwanderung nur knapp übertroffen wird. Im Abgleich zwischen dem natürlichen und dem Wanderungssaldo ergibt sich ein Plus von etwa 82.000 Menschen (2020: -12.000; ebd.).

Die Unterschiede in den Kommunen ergeben sich bei dieser Konstellation also daraus: a) wie die jeweilige Relation aus Geburten und Sterbefällen aussieht und b) wie das jeweilige lokale Wanderungssaldo ausfällt. Es können jedenfalls nur die Städte wachsen, die ein positives natürliches und/oder ein positives Wanderungssaldo aufweisen. Da wir aus unseren Analysen zu Einwohnerentwicklung der großen Städte für 2020 wissen, dass diese zum überwiegenden Teil ein negatives Wanderungssaldo gegenüber ihrem jeweiligen Umland aufweisen (vgl. Wolff et al. 2022), muss also das natürliche Saldo und/oder das Wanderungssaldo mit dem übrigen Deutschland bzw. dem Ausland besonders positiv ausfallen, damit die Großstädte noch Wachstum verzeichnen.

Im zweiten Corona-Jahr 2021 betrug die mittlere Bevölkerungsveränderung der 15 Großstädte -0,18%. Damit hat sich die Schrumpfung im Vergleich zum ersten Pandemie-Jahr 2020 fortgesetzt. 8 der 15 Städte setzten dabei ihren Trend der Bevölkerungsverluste fort: Während in Düsseldorf, Nürnberg, Stuttgart und insbesondere Duisburg der Bevölkerungsverlust von 2021 im Vergleich zum Jahr 2020 rückläufig war, setzt sich der Bevölkerungsverlust in Dresden und Dortmund mit ähnlichen Raten wie in 2020 fort (Abbildung 1). Dagegen haben sich die Bevölkerungsverluste von 2020 in Köln mehr als verdoppelt, in Bremen mehr als verdreifacht. Zudem erfahren Essen und Frankfurt am Main nach bisherigem Wachstum bzw. Stagnation bis 2020 im Jahr 2021 nunmehr signifikante Bevölkerungsverluste. Lediglich 5 der 15 deutschen Großstädte verzeichneten im Jahr 2021 Bevölkerungswachstum. Während sich das Wachstum in Hamburg mehr als halbiert hat im Vergleich zu 2020 stagniert die Entwicklung in München. Nur Hannover konnte seine Bevölkerungsverluste von 2020 im Jahr 2021 in Wachstum umkehren und Berlin kann nach seiner Stagnation in 2020 nunmehr moderates Bevölkerungswachstum verzeichnen. Lediglich Leipzig sticht aus der Gruppe heraus, da es nicht nur das stärkste Wachstum unter allen 15 deutschen Großstädten im ersten Corona-Jahr

2020 zeigte, sondern im Jahr 2021 sein Wachstum nochmals dynamisieren konnte: Leipzig wächst in 2021 doppelt so schnell wie Berlin.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung der 15 größten deutschen Städte (2018 - 2021)



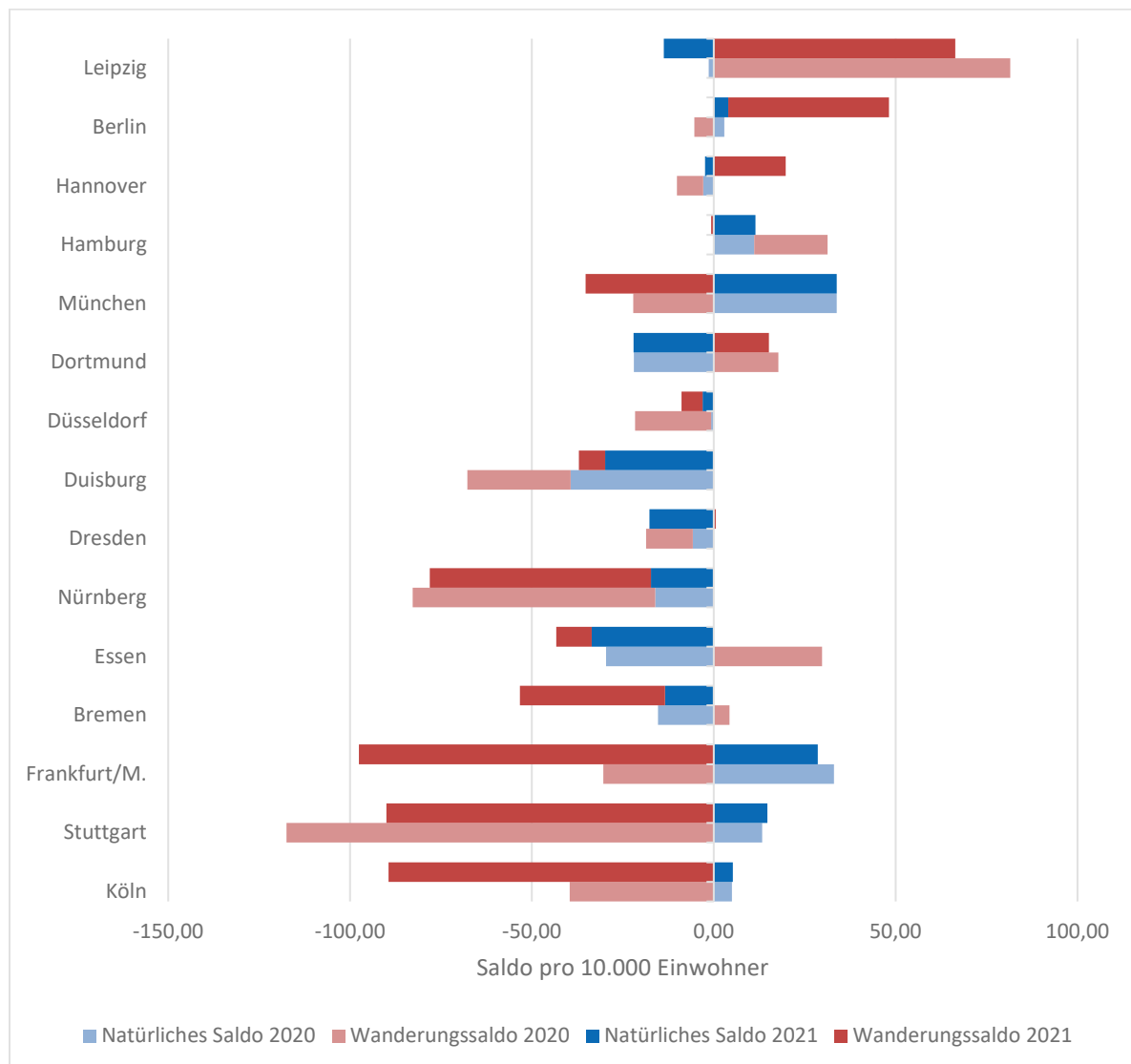
Datenquelle: Statistische Ämter der Städte; eigene Berechnung und Darstellung

Wie bereits in der Einführung deutlich wurde, ist das Zusammenspiel der verschiedenen Komponenten entscheidend für die Bevölkerungsentwicklung in den Städten. Im Hinblick auf das natürliche Bevölkerungssaldo kann festgehalten werden, dass die Zahl der Geburten über alle 15 Großstädte hinweg im Vergleich 2021 zu 2020 um 2,4% gestiegen ist und damit etwas stärker als im Vorjahr. Die Zahl der Sterbefälle ist im Schnitt um 3,1% gestiegen und damit deutlich schwächer als noch im Vorjahr. Besonders deutlich ist die Zahl der Geburten in den westdeutschen Städten Köln, Dortmund, Nürnberg, München (jeweils >-3%) und insbesondere in Stuttgart und Duisburg (8,3 bzw. 9,8%) gestiegen. Lediglich in den beiden ostdeutschen Städten Dresden (-2,9%) und Leipzig (-3,3%) ist die Zahl der Geburten zwischen 2020 und 2021 deutlich gesunken. Die Zahl der Sterbefälle ist dagegen nur in Duisburg und Bremen gefallen. Während die Sterbefälle bereits im ersten Corona-Jahr 2020 insbesondere in Leipzig, München, Duisburg, Essen, und Dresden anstiegen, stiegen die Sterbefälle auch in 2021 besonders rasch in München und Frankfurt am Main (>6%), sowie insbesondere in Stuttgart, Leipzig und Dresden (>8%).

Insgesamt ist der resultierende natürliche Saldo 2021 in 9 der 15 deutschen Großstädte negativ – dies sind genau die gleichen Städte in denen der natürliche Saldo bereits 2020 negativ war und sich in diesen somit die Sterbeüberschüsse bzw. das Geburtendefizit auch im zweiten Corona-Jahr fortsetzt. Besonders hat sich diese Entwicklung in Düsseldorf, Essen, Dresden und Leipzig im Jahr 2021 verschärft, während sich die natürlichen Verluste in Duisburg und Bremen

abgeschwächt haben (Abbildung 2). Dagegen hat sich insbesondere durch die Sterbeüberschüsse die positive natürliche Bilanz von Frankfurt am Main verschlechtert. Insbesondere Berlin konnte auf eine im Vergleich zum Vorjahr stark verbesserte natürliche Bilanz blicken als Folge von nur marginal steigenden Sterbezahlen welche durch den Anstieg der Geburtenzahlen 2021 übertroffen wurden.

Abbildung 2: Natürliche und Wanderungssalden der 15 größten deutschen Städte 2020 und 2021.



Datenquelle: Statistische Ämter der Städte; eigene Berechnung und Darstellung

Mit Blick auf das Wanderungsgeschehen kann festgehalten werden, dass sich die Zahl der Zuzüge über alle 15 Großstädte nach dem starken Einbruch im Jahr 2020 wieder positiver mit 7,1% in 2021. Jedoch ist auch die Zahl der Fortzüge zwischen 2020 und 2021 um 6,7% gestiegen. In Stuttgart, Bremen, Essen, Dresden und Düsseldorf sind die Zuzugszahlen um jeweils über 5% gestiegen – in München und Berlin um über 15%. Jedoch konnte keine Stadt den starken Einbruch der Zuzugszahlen zwischen 2019 und 2020 im jüngsten Jahr wieder aufholen. Zudem sind die Zuzugszahlen nach Köln und Duisburg erneut gesunken, wenn auch

nur leicht. Mit Blick auf die Abwanderung aus den 15 größten deutschen Städten kann festgehalten werden, dass sich diese Verluste in Hannover und Duisburg zwischen 2020 und 2021 abgeschwächt haben, während sich die Zahl der Fortzüge überdurchschnittlich in Köln, Frankfurt am Main, Essen, Bremen und München verstärkt hat.

In der kombinierten Betrachtung von Zu- und Abwanderung zeigt Abbildung 2, dass insbesondere Köln, Frankfurt am Main, München, Stuttgart als auch Nürnberg eine deutlich negative Bilanz in 2021 aufzeigen – Städte, die bereits im ersten Corona-Jahr 2020 einen deutlich negativen Wanderungssaldo aufwiesen. Zudem weisen Essen, Hamburg und insbesondere Bremen eine negative Wanderungsbilanz in 2021 auf, während die Bilanz 2020 noch positiv ausfiel. Lediglich fünf der 15 deutschen Großstädte kann im Jahr 2021 auf eine positive Wanderungsbilanz blicken. Während Dortmund und Leipzig, wenn auch abgeschwächt, ihre positive Wanderungsbilanz von 2020 auch im Folgejahr fortsetzen konnten, hat es insbesondere Hannover sowie Berlin geschafft, ihre negative Bilanz von 2020 in eine positive, im Falle von Berlin sogar deutlich positive Richtung zu lenken.

Wie es aussieht, hat sich die 2020 beobachtbare Entwicklung im Jahr 2021 nicht ganz so fortgesetzt. In 8 von 15 Städten haben sich die Bevölkerungsverluste von 2020 fortgesetzt, wenn auch in abgeschwächter Form. Zwei Städte erfuhren Verluste obwohl sie 2020 noch leicht gewachsen sind, Hannover und Berlin konnten ihre Verluste überwinden und Bevölkerungsgewinne in 2021 verzeichnen, Leipzig seine starken Gewinne fortsetzen. Insgesamt ist das Bild sehr durchwachsen.

Während die Zahl der Geburten nach dem Einbruch in der Mehrzahl der deutschen Großstädte wieder zulegte, hat die Zahl der Sterbefälle 2021 in beinahe allen Städten nochmal zugenommen im Vergleich zum Vorjahr. Beim natürlichen Saldo gibt es keine Überraschungen: alle Städte, die 2020 einen negativen Saldo aufwiesen, taten dies auch 2021 – alle mit einem positiven Saldo in 2020 hatten auch 2021 einen positiven Saldo. In 9 von 10 Städten, welche sowohl in 2020 als auch 2021 einen negativen natürlichen Saldo aufwiesen, haben sich die Sterbeüberschüsse verstärkt. In vier von fünf Städten, die sowohl in 2020 als auch 2021 einen positiven natürlichen Saldo aufwiesen, haben sich die Geburtenüberschüsse verstärkt.

Die Wanderungsdynamik hat in 2021 im Vergleich zu 2020 wieder deutlich zugelegt: in jeweils 13 von 15 deutschen Großstädten ist sowohl die Zahl der Zu- als auch Fortzüge gestiegen. Über alle 15 Städte betrachtet bleibt der Wanderungssaldo 2021, wenn auch leicht abgeschwächt, nach wie vor negativ. In sieben Städten hat sich die negative Bilanz fortgeführt, während drei nach Wanderungsgewinnen 2020 nunmehr -verluste in 2021 aufweisen. Von den fünf Städten mit einer positiven Bilanz in 2021 konnten insbesondere Berlin und Hannover ihre starken Wanderungsverluste von 2020 überwinden, während insbesondere Leipzig seine stark positive Bilanz fortführen konnte.

6. Diskussion und Fazit

Die Covid-19-Pandemie weist als solche einige Spezifika auf, so hatte sie in Deutschland keine sehr hohe Übersterblichkeit zur Folge. Im Jahr 2020 war zwar ein Rückgang der Geburtenzahl zu verzeichnen, der allerdings kaum mit der Covid 19-Pandemie zusammenhing. Im Jahr 2021 stieg die Geburtenzahl sogar leicht an, ein Geburtenhoch (die sogenannten „Coronials“) hat es aber nicht gegeben. Corona hat in Deutschland nicht zu einer massiven Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit geführt, Corona-Maßnahmen, wie insbesondere die Shutdowns haben die internationale und die Binnenmigration stark beeinträchtigt.

Im ersten Coronajahr hatten sich in Deutschland deutliche Wirkungen der Pandemie auf die Bevölkerungsentwicklung der Städte gezeigt, viele Städte schrumpften bzw. stagnierten. Interessant sind die Verstetigungen im Jahr 2021 zu 2020: die Gesamtbevölkerung in Deutschland stagnierte weiterhin, das Wanderungsgeschehen war weiterhin gedämpft und die Übersterblichkeit war nochmals angestiegen. Auch die Geburtenzahl ist ebenfalls gestiegen. Der vielleicht interessanteste Befund: Das Muster der deutschen Großstädte in Bezug auf Wachstum und Schrumpfung ist ähnlich (siehe Abbildung 1). Wie aber die Differenzierung zwischen den deutschen Großstädten in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung zu erklären ist, wissen wir (noch) nicht. Warum wächst Leipzig stärker als andere Städte? Warum schrumpft Stuttgart so stark?

Die große Frage ist, welche dauerhafte Folgen bzw. Veränderungen die Covid-19-Pandemie in Bezug auf die Stadtentwicklung in Deutschland hat bzw. haben wird. Insbesondere betrifft das die Attraktivität der Großstädte sowie die des (Um)Landes. Hier wird seit Ausbruch der Krise am intensivsten diskutiert und am meisten spekuliert. In den Medien ist von einer höheren Nachfrage nach Bauland und Immobilien in ländlichen Räumen die Rede, vor allem für suburbane Räume wird ein Bevölkerungswachstum vorausgesagt (Neumann et.al. 2022, S. 5). Angesichts der rückläufigen Zuwanderung in die Großstädte ist die Suburbanisierung überhaupt erst richtig sichtbar geworden, bzw. sie wird nunmehr auch in der Öffentlichkeit und nicht nur in der Fachwelt wahrgenommen. Angesichts der hohen Immobilien- und Mietpreise in den Großstädten dürfte die Suburbanisierung anhalten oder sich sogar noch weiter verstärken. Das dürfte ein Corona-Effekt sein, der weiter wirkt. Ob es im Effekt der Corona-Krise wieder neue Migrationswellen aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland geben wird, ist eine offene und schwer zu beantwortende Frage. Möglicherweise wird auch der Suchradius derjenigen, welche aus der Stadt ziehen, durch Home Office und in Regionen mit guter digitaler Erschließung größer (Münter 2022). Es ist derzeit sehr schwierig, zu beurteilen, welche Trends temporär oder langfristig sein werden. Zum einen, da die Pandemie noch nicht vorüber ist und sich neue Wellen für den Herbst/Winter 2022/23 andeuten. Zum anderen hat der russische Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Massenflucht von Ukrainer:innen u.a. nach Deutschland seit Februar 2022 eine neue Situation geschaffen. Schließlich ist unklar, wie sich steigende Energie- und Treibstoffkosten auf die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung auswirken werden.

Das Wachstum der deutschen Großstädte hatte sich schon zum Ende der 2010er Jahre abgeschwächt, zugleich hatte die Suburbanisierung zugenommen. Daher ist es schwierig, den Anteil, den die Pandemie an der aktuellen Stadtentwicklung hat, zu bestimmen. Wir gehen von einer weiteren Zuwanderung in die großen deutschen Städte auch in der nahen Zukunft aus, aber sie wird sich auf einem niedrigeren Level als vor der Pandemie bewegen und selektiv sein, etwa in Bezug auf den Anteil von Migrant:innen. Nach aktuellen Befunden hängt das weitere Stadtwachstum (nach wie vor) vor allem von der Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums ab, welches ein wichtiges Scharnier im Verhältnis von der Größenordnung der (möglichen) Zuwanderung und der (realen) Aufnahmefähigkeit der jeweiligen Wohnungsmärkte bildet. Inwieweit hier die Entwicklung von Homeoffice oder generell die Attraktivität der Großstädte (Handel, Kultur, Freizeit, Gastronomie, etc.) eine Rolle spielen, muss weiter untersucht werden.

Stagnation und Schrumpfung der Großstädte haben sich zwar im zweiten Coronajahr verstetigt, es ist aber noch viel zu früh dafür, von einer generellen Trendumkehr der Urbanisierung zu sprechen. Wie oben dargestellt, haben sich Städte nach Epidemien bzw. Pandemien immer wieder erholt. Die Frage, wie pandemiebedingte Veränderungen mit anderen Facetten urbanen Wandels zusammenspielen, lässt sich noch kaum gesichert empirisch beantworten. Es scheint aber so, dass die Pandemie zumindest einige bestehende Trends wie etwa die Suburbanisierung verstärkt hat. Die Pandemieerfahrung beeinflusst die Wohnstandortpräferenzen und entsprechend die Räume in denen gesucht wird. Möglicherweise hat sie auch langfristige Auswirkungen auf Entscheidungen von Menschen, in Städte zu- oder aus Städten wegzuziehen. Die Pandemie ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages auch noch nicht abgeschlossen, daher ist es sehr schwierig, Aussagen über den weiteren Verlauf bzw. längerfristige Auswirkungen zu machen.

Literatur

Aassve, Arnstein; Cavalli, Nicolò; Mencarini, Letizia; Plach, Samuel; Livi Bacci, Massimo (2020): The COVID-19 pandemic and human fertility, in: Science 369, 6502, S. 370-371.

Adam, Brigitte; Klemme, Marion (2020): Die Stadt im Krisenmodus, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, S. 4-15.

Alipour, Jean-Victor; Falck, Oliver; Peichl, Andreas; Sauer, Stefan (2021): Homeoffice-Potenzial weiterhin nicht ausgeschöpft, ifo Schnelldienst, 6, München.

Batty, Michael (2020): The Coronavirus crisis: What will the post-pandemic city look like? In: Environment and Planning B. Urban Analytics and City Science, Vol. 47 (7), S. 547-552.

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2021): Raumordnungsprognose 2040. Bevölkerungsprognose: Ergebnisse und Methodik, BBSR-Analysen KOMPAKT 03, Bonn.

Braun, Reiner (2021): Versorgungengpässe, Preisanstiege und Lösungsansätze auf großstädtischen Wohnungsmärkten, in: Spars, Guido (Hg.): Wohnungsfrage 3.0, Stuttgart, S. 45-74.

Bricker, Darrell (2021): Bye, bye, baby? Birthrates are declining globally – here's why it matters, <https://www.weforum.org/agenda/2021/06/birthrates-declining-globally-why-matters/>; Zugriff: 8.2.2022.

Couclelis, Helen (2020): There will be no Post-COVID city, in: Environment and Planning B. Urban Analytics and City Science, Vol. 47 (7), S. 1121-1123.

DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) (2021a): OB-Barometer 2021, unter: <https://repository.difu.de/jspui/bitstream/difu/581529/3/OB-Barometer2021.pdf>; Zugriff: 29.1.2022.

DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) (2021b): Das Umland der Städte. Chancen zur Entlastung überforderter Wohnungsmärkte. Plausibilitäten – Determinanten – Restriktionen, Berlin; unter: <file:///C:/Users/rink/AppData/Local/Temp/Difu-Studie%20WOB-Tag%202021.pdf>; Zugriff: 22.02.2022.

DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) (2022): OB-Barometer 2022, unter: <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/583564>, Zugriff: 14.7.2022.

Döring, Nicola; Walter, Roberto (2020): Wie verändert die COVID-19-Pandemie unsere Sexualitäten? Eine Übersicht medialer Narrative im Frühjahr 2020, Zeitschrift für Sexualforschung 33, Heft 2, S. 65-75.

Dolls, Mathias; Mehles, Jan-Carl (2021): Wie beeinflusst die Corona-Pandemie die Wohnortpräferenzen? In: ifo Schnelldienst 74, 8, S. 27-31.

European Commission. Joint Research Centre (2022): Shrinking Cities. Science For Policy Brief, Brussels, unter: <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC126011>, Zugriff: 8.2.2022.

Florida, Richard; Rodriguez-Pose, Andrés; Storper, Michael (2021): Cities in a post-COVID world, in: Urban Studies, <https://doi.org/10.1177/00420980211018072>.

Fulton, William (2021): 6 post-pandemic predictions about how cities will be different going forward, unter: <https://kinder.rice.edu/urbanedge/2021/03/15/6-post-pandemic-predictions-how-cities-will-change/>; Zugriff: 8.2.2022.

Garrett, Geoffrey (2020): The Post-COVID-19 World will be less global and less urban, <https://knowledge.wharton.upenn.edu/article/post-covid-19-world-will-less-global-less-urban/>; Zugriff: 8.2.2022.

Held, Tobias; Mäding, Attina (2022): Schrumpfung in Stuttgart – wer verlässt warum die Stadt? Vortrag auf der Frühjahrstagung 2022 des Verbands Deutscher Städtestatistiker.

Henger, Ralph; Voigtländer, Michael (2021): Weiterhin hohe Wohnungsbedarfe – vor allem in Großstädten. Aktuelle Ergebnisse des IW-Wohnungsbedarfsmodells, Köln.

Hernández-Morales, Aitor; Kalina Oroschakoff and Jacopo Barigazzi (2020): The death of the city, in: Politico, <https://www.politico.eu/article/the-death-of-the-city-coronavirus-towns-cities-retail-transport-pollution-economic-crisis/>; Zugriff: 29.1.2022.

IzR (Informationen zur Raumentwicklung) (2020): Corona und Stadtentwicklung. Neue Perspektiven in der Krise, H. 4, Stuttgart.

Jakubowski, Peter (2020): Resilienz – Brauchen wir nach dem Corona-Schock neue Leitbilder für die Stadtentwicklung? In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4, S. 16-29.

Kato, Haruka; Takizawa, Atsushi (2022): Impact of the Urban Exodus Triggered by the COVID-19 Pandemic on the Shrinking Cities of the Osaka Metropolitan Area, in: Sustainability, 14, 1601, <https://doi.org/10.3390/su14031601>.

Kellerman, Aharon (2020): The post-Corona city: Virus imprints and precautions, in: Environment and Planning B. Urban Analytics and City Science, Vol. 47 (7), S. 1124-1127.

Kleilein, Doris (2021): Stadtmüde. Vorboten eines neuen Landlebens, in: Kleilein/Meyer 2021, S. 72-82.

Kleilein, Doris; Meyer, Friederike (Hg.) (2021): Die Stadt nach Corona, Berlin.

Kleinman, Mark (2020): Policy challenges for the post-pandemic city, in: Environment and Planning B. Urban Analytics and City Science, Vol. 47 (7), S. 1136-1139.

Kotkin, Joel (2020): Coronavirus and the Future of Living and Working in America, <https://joelkotkin.com/coronavirus-and-the-future-of-living-and-working-in-america/> (Zugriff 8.6.2021)

Krüger, Fred (2006): Epidemics/Epidemien, in: Oswalt, Philipp; Rieniets, Tim (Hg.): Atlas of Shrinking Cities/Atlas der schrumpfenden Städte, Ostfildern, S. 58-59.

Langen, Martin (2020): Stoppt Corona die Urbanisierung? Unter: https://www.bl2020.com/misc_BL/index.cfm/fuseaction/showNewsroompage/newsid/EBDB83D7-012C-CDD8-B6E6B4C41B8F3951; Zugriff: 3.2.2021.

Maretzke, Steffen; Nowossadeck, Enno (2021): Regionale Sterblichkeitsmuster in Deutschland (=BBSR-Analysen KOMPAKT 09/2021), Bonn. Unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2021/ak-09-2021-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2; Zugriff: 09.07.2022.

Mehr Fortschritt wagen (2021): Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, Berlin.

Morgan Stanley (2021): Reports of U.S. Cities' Demise seem greatly exaggerated, unter: <https://www.morganstanley.com/ideas/pandemic-city-migration-reits-housing-municipal-bonds>; Zugriff: 8.2.2022.

Münter, Angelika (2022): Wohnstandortentscheidungen während und nach der Pandemie – Argumentationslinien und Thesen, Vortrag im Rahmen der 139. Sitzung der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der ARL am 25.3.2022.

Nathan, Max; Overman, Henry (2020): Will coronavirus cause a big city exodus? In: Environment and Planning B. Urban Analytics and City Science, Vol. 47 (9), S. 1537-1542.

Neumann, Ute; Spellerberg, Annette; Eichholz, Lutz (2022): Veränderungen beim Wohnen und von Standortpräferenzen durch Homeoffice in der Covid-19-Pandemie? In: Raumforschung und Raumordnung, 0/0, 1-17, <https://doi.org/10.14512/rur.133>.

Osterhage, Frank; Albrecht, Janna (2021): Schwankungen – Verschiebungen – Brüche: Veränderungen beim bundesweiten Wanderungsgeschehen in den vergangenen zwei Jahrzehnten, ILS-Trends 3, Dortmund, unter: https://www.ils-forschung.de/files_publicationen/pdfs/TRENDS-3.21_Binnenwanderungen_ONLINE_high%20resolution.pdf; Zugriff: 29.1.2022.

Pestel Institut (2020): Kurzstudie Bezahlbarer Wohnraum 2021. Herausforderungen - Belastungen – Notwendigkeiten – Potenziale, Hannover; unter: file:///C:/Users/rink/AppData/Local/Temp/Pestel-Studie_Bezahlbares-Soziales-Wohnen_2021-1.pdf; Zugriff: 22.02.2022.

Prell, Uwe (2020): Die Stadt. Eine Einführung für die Sozialwissenschaften, Opladen, Toronto.

Rink, Dieter; Haase, Annegret; Leibert, Tim; Wolff, Manuel (2021): Corona hat das Städtewachstum ausgebremst. Die Einwohnerentwicklung deutscher Großstädte während der Corona-Pandemie, UFZ Discussion Paper 3, www.ufz.de/export/data/global/254276_DP_2021_3_Rink_etal.pdf.

Schmidt, Florian (2021): Wir holen uns unsere Stadt zurück, Berlin.

Schneider, Norbert F. (2021): Beschleunigte Suburbanisierung aufgrund der Pandemie? Räumliche Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen, Vortrag auf dem Geographischen Kolloquium Leipzig, 22.6.2021.

Simons, Harald (2021): Kommando zurück! Schwarmstadt war gestern, die neue Landlust ist da, unter: <https://www.immobileros.de/topics/podcast-harald-simons-wohnungsmarkt-ende-der-schwarmstadt-neue-landlust/>; Zugriff: 6.1.2022.

Spars, Guido (2021): Wohnungsfrage 3.0: Konklusion, in: Spars, Guido (Hg.): Wohnungsfrage 3.0, Stuttgart 2021, S. 196-215.

Statistisches Bundesamt (2022a): 2021 voraussichtlich erneut kein Bevölkerungswachstum. Pressemitteilung Nr. 027 vom 20. Januar 2022, Wiesbaden, unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_027_124.html;jsessionid=0ED749D3BC7BB5BCDD61B9CEB1DB441D.live742; Zugriff: 29.1.2022.

Statistisches Bundesamt (2022b): Tiefststand bei Eheschließungen und Hoch bei Geburten im Jahr 2021. Pressemitteilung Nr. 181 vom 28. April 2022, Wiesbaden, unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_181_126.html; Zugriff: 09.07.2022.

Statistisches Bundesamt (2022c): Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2021 leicht gewachsen. Pressemitteilung Nr. 251 vom 20. Juni 2022, Wiesbaden, unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_251_12411.html; Zugriff: 09.07.2022.

Stringer, Scott M. (2021): The Pandemic's Impact on NYC Migration Patterns, New York, <https://comptroller.nyc.gov/reports/the-pandemics-impact-on-nyc-migration-patterns/>; Zugriff: 22.02.2022.

United Nations (2020): COVID-19 in an Urban World. Policy Brief, New York, unter: <https://unsdg.un.org/resources/policy-brief-covid-19-urban-world>; Zugriff: 8.2.2022.

Waschipky, Martin; Naber, Michael (2021): Sterbefälle und Übersterblichkeit im Zusammenhang mit COVID-19 in der Stadt Leipzig, in: Stadt Leipzig: Statistischer Quartalsbericht 11/2021, S. 21-30.

Whitaker, Stephan D. (2021): Did the COVID-19 Pandemic Cause an Urban Exodus? Unter: file:///C:/Users/rink/AppData/Local/Temp/cfddb_20210205_did_the_covid_19_pandemic_cause_an_urban_exodus.pdf, Zugriff: 22.02.2022.

Wolff, Manuel; Leibert, Tim; Haase, Annegret; Rink, Dieter (2021): Bevölkerungsentwicklung unter dem Einfluss der COVID-19 Pandemie, in: Nationalatlas aktuell, unter: http://aktuell.nationalatlas.de/bevoelkerungsentwicklung-4_07_2021-0-html/

Wolff, Manuel, Leibert, Tim, Haase, Annegret; Rink, Dieter (2022): Neue Wanderungsdynamik durch die COVID-19 Pandemie? In: Nationalatlas Aktuell, unter: http://aktuell.nationalatlas.de/bevoelkerungsentwicklung-1_01_2022-0-html/.

Methodische Hinweise

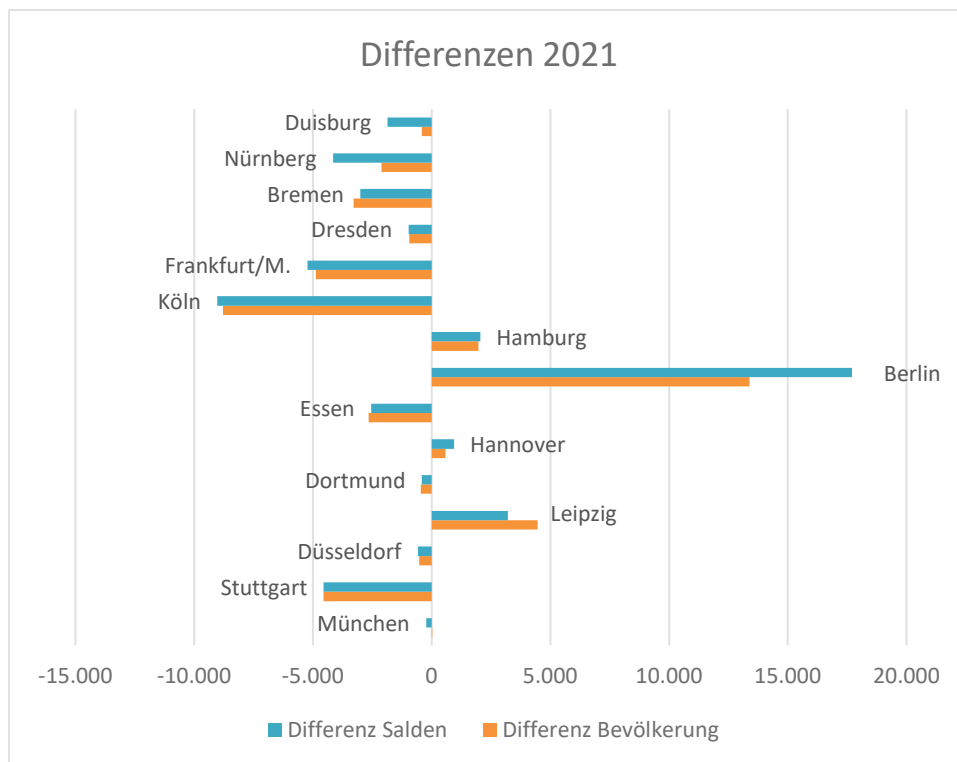
Für die Bewertung der Bevölkerungszu- und -abnahme verwendet dieser Beitrag die Bestandsänderungen aus dem Einwohnermelderegister der jeweiligen Städte. Dabei ergeben sich jedoch naturgemäß Differenzen zu den Bewegungsdaten (natürlicher Saldo und Wanderungssaldo), die auf unterschiedliche Verfahren im Meldewesen zurückzuführen sind. Die Einwohnerzahl basiert auf einem Abzug des Melderegisters an einem bestimmten Stichtag und kann damit sehr aktuell Aussagen über den Bevölkerungsstand liefern. Die Bewegungsdaten basieren dagegen auf akkumulierten Einzelmeldungen. Dass gerade bei den Bewegungsdaten über das Jahr verteilt eine Differenz zur tatsächlichen Einwohnerzahl entsteht, ist normal.

Der hauptsächliche Grund hierfür sind Meldungen zu Personen, bei denen der Ereigniszeitpunkt schon weiter in der Vergangenheit zurückliegt. Beispielsweise meldet sich eine Person in einer Stadt/Gemeinde mit Hauptwohnsitz im Sommer 2019 an und gibt dabei an, dass der Umzug bereits 2017 erfolgte. Somit geht diese Meldung nicht in die Wanderungsstatistik 2019 ein, wird jedoch ab Sommer 2019 als Einwohner gezählt und erhöht den Bevölkerungsbestand in Form einer "sonstigen Veränderung". Ähnlich verhält es sich mit Nachmeldungen, die eine Meldung korrigieren, deren Ereigniszeitpunkt länger in der Vergangenheit zurückliegt. Derartige nachträglich bestandsrelevante Veränderungen, bei denen es sich vor allem um Korrekturen der Wanderungen handelt, beziehen sich auf die Änderung der Herkunft/Zielgemeinde, des Zuzugs-/Fortzugsdatums, Rücknahmen etc. Seit Beginn der Pandemie wurde zudem die Frist für die Meldepflicht ausgesetzt, d.h. Personen die umgezogen sind, müssen sich nicht sofort ummelden.

Darüber hinaus werden neben normalen An- und Abmeldungen auch Personen, die nicht mehr an ihrer Meldeadresse leben, „von Amts wegen“ abgemeldet. Zudem können diese An- und Abmeldungen bei entsprechenden Erkenntnissen auch wieder storniert werden. Die Einwohnermeldeämter versuchen, das Gesamtgeschehen auf die tatsächlich stattgefundenen Wanderungen eines Jahres zu reduzieren. Gerade bei den in den letzten Jahren steigenden Zuwanderungen aus dem Ausland z.B. von Saisonarbeitern haben sich diese Korrekturen im Melderegister erhöht und die Identifizierung „echter“ Wanderungsfälle erschwert.

Die von den jeweiligen statistischen Landesämtern herausgegebenen Daten weisen diese Differenz bspw. nicht auf, da die Einwohnerzahl rein auf Basis der Bewegungsmeldungen fortgeschrieben wird und Bestandskorrekturen nur im Kontext von Zensushebungen durchgeführt werden. Wie groß die Differenz in den 15 deutschen Großstädten ist, zeigt die folgende Grafik.

Abbildung 3: Differenzen in den Meldeverfahren in Bezug auf die Ermittlung der Bevölkerungssalden (Bilanz aus Wanderungssaldo und natürlichem Saldo) und des Bevölkerungsstandes für die 15 größten deutschen Städte 2021.



Datenquelle: Statistische Ämter der Städte; eigene Berechnung und Darstellung